Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten Mark, bei Postbestellung Mark zuzüglich Abtraggebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 30 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen u. a.

Nr. 33 — 83. Jahrgang. Tel.-Adr.: „Sachsenzeitung" **Wilsdruff-Dresden.** Postscheck: Dresden 2640 **Freitag 8. Februar 1924**

Der Sachverständigen-Ausschuß verläßt Berlin.

Mac Kenna bereits abgereist.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Berlin, 7. Februar. Der Vorsitzende des 2. Sachverständigenausschusses, Mac Kenna, ist heute vormittag nach London abgereist. Der Ausschuß hat seine Arbeit über die Kapitalfluchtfrage zum Abschluß gebracht. Die übrigen Herren des Ausschusses werden morgen Berlin verlassen.

Deutschland blieb den Trauerfeierlichkeiten um Wilson fern.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Berlin, 7. Februar. Wie der „B. Z." aus Washington gemeldet wird, wird in hiesigen Kreisen der stark aufgebauschte Zwischenfall wegen der Nichtbeteiligung der deutschen Botschaft an der Trauerkundgebung für Wilson als erledigt empfunden.

Thüringer Zeitungsverbote.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Weimar, 7. Februar. Das sozialdemokratische Jenaer Parteiblatt wurde auf zwei Tage verboten. Gleichzeitig wurde das sozialistische Geraer Parteiblatt die „Ostthüringer Tribüne" auf zwei Tage verboten.

Dawes besucht eine Notstandsküche.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Berlin, 7. Februar. General Dawes, der Vorsitzende des ersten Sachverständigenausschusses, und Robinson, Mitglied des zweiten Sachverständigenkomitees, statteten am Mittwoch in Begleitung anderer amerikanischer Mitglieder der Sachverständigenausschüsse der Notstandsküche des Hausfrauenvereins Berlin-Steglitz einen Besuch ab.

Ein Zuchthäusler Diktator von Pirmasens

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Pirmasens, 7. Februar. Der mit Zuchthaus vorbestrafte Gelegenheitsarbeiter Findelbecker ist zum Diktator von Pirmasens ernannt worden.

Kampf der Linken gegen Poincare in der französischen Kammer.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Paris, 7. Februar. Die Vertreter der extremen Linken haben gestern zahlreiche Amendements zu der Regierungsvorlage eingebracht. Sie wurden sämtlich mit großer Mehrheit von der Kammer abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde einstimmig eine Beileidsresolution anläßlich des Hinscheidens von Wilson angenommen und die Sitzung zum Zeichen der Trauer einige Augenblicke unterbrochen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung wurde die Debatte über den § 2 des Artikels 1 des Ermächtigungsgesetzes eröffnet. Dieser Paragraph gibt der Regierung das Recht, die geplanten Finanzmaßnahmen durch besondere Beschlüsse des Staatsrats zu ergreifen. Herriot beantragte durch Andre Lefevre die Ablehnung dieses Paragraphen. Poincaré widersetzte sich dem Antrag und stellte die Vertrauensfrage. Da zahlreiche Abgeordnete infolge Ermüdung das Haus verlassen hatten, vermochten 50 Abgeordnete der äußersten Linken und der Linken geschickt auszunützen, indem sie eine öffentliche Abstimmung auf der Tribüne beantragten, in der Hoffnung, durch die Feststellung der Beschlußunfähigkeit des Hauses dem Kabinett eine Schlappe beizufügen. Tatsächlich kam einen Augenblick der Eindruck auf, als ob die Regierung in Gefahr schwebe. Da die öffentliche Abstimmung aber vorschriftsmäßig eine Stunde dauert, konnten die Abgeordneten der Mehrheit, durch telephonischen Anruf benachrichtigt, rechtzeitig nach der Kammer zurückkehren und sich an der Abstimmung beteiligen. Insgesamt beteiligten sich 269 Abgeordnete an der Abstimmung. Somit war die Beschlußfähigkeit des Hauses erreicht. Der Antrag Herriot auf Ablehnung des § 2 wurde mit 253 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Die Abgeordneten der Linken und der extremen Linken beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Auf der äußersten Linken wurde das Resultat der Abstimmung mit den Rufen: „Demission, Demission" an die Adresse Poincarés begrüßt. Poincaré erhob sich dann zu einer kurzen Erwiderung, in der er den Abgeordneten der Linken den Vorwurf machte, sich aus Feigheit an der Abstimmung nicht beteiligt zu haben. Die Worte des Premiers wurden von den Mehrheitsparteien mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Sitzung ist dann unter großer Unruhe aufgehoben worden. Donnerstag wird die Aussprache über die einzelnen Paragraphen des Ermächtigungsgesetzes fortgesetzt.

Ueberreichung der englischen Antwort in der Pfalzfrage an das Pariser Kabinett

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

London, 7. Febr. Aus Meldungen hiesiger Blätter ist zu ersehen, daß die Antwort der englischen Regierung in der Rheinpfalzangelegenheit vorgestern dem Pariser Kabinett durch den britischen Geschäftsträger überreicht worden sei.

Kein Aufstand der Sowjettruppen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

London, 7. Febr. Aus Riga kommt die Nachricht, daß die Moskauer Regierung von Gerüchten über einen bewaffneten Aufstand der Sowjettruppen nichts wisse. Dieselben seien aus der Luft gegriffen.

Eisenbahn-Zusammenstoß in Indiana.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Neuyork, 7. Februar. Im Staat Indiana stießen zwei Züge zusammen und gerieten in Brand. 17 Personen verbrannten bei lebendigem Leibe.

Die Königsfrage in Ungarn.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Budapest, 6. Februar. Die Regierung erklärte, das Gerücht über eine Aufrollung der Königsfrage durch die nach London entsandten inoffiziellen Vertreter Ungarns sei nicht zutreffend. Es wird auch nicht zugelassen werden, daß die Frage der Dynastie im Laufe des Jahres auf die Tagesordnung gesetzt wird, da sie nur geeignet sei, neue Verwirrungen in das Land zu bringen.

Der wahre Stand der Landwirtschaft.

Aus fachmännischen Kreisen wird uns geschrieben:

Am 31. Januar kostete die Tonne Roggen in Berlin 117 Mark, d. h. der Landwirt erhielt nicht einmal 6 Mark für den Zentner Roggen. Damit hat der Roggen auf dem Getreidemarkt einen derartigen Tiefstand des Preises erreicht, daß man um die Zukunft der Landwirtschaft sehr erhebliche Bedenken haben muß. Während auf der einen Seite die deutsche Landwirtschaft für ihr Hauptprodukt einen Preis erzielt, der 25 % unter dem Stand von 1913 liegt, müssen auf der andern Seite für die Bedarfsartikel der landwirtschaftlichen Betriebe Preise gezahlt werden, die mindestens 60 % über dem Friedensstand liegen. Das gilt vor allem von den wichtigsten Betriebsstoffen, den Düngemitteln. Wenn der Getreidepreis nicht wieder anzieht und zum mindesten den Friedenspreis erreicht, so ist mit einem starken Umstellen des intensiven (alles mögliche herausholenden) Wirtschaftsbetriebes auf den extensiven (nur das notwendigste erzeugenden) ohne weiteres zu rechnen.

Denn auch die Kartoffeln und das Vieh sind im Preise unter den Stand von 1913 schon weit heruntergedrückt. Die Notwendigkeit des Steuerzahlens zwingt zur Abgabe sowohl von Getreide wie aber besonders von Vieh, und zwar in einem derartigen Maße, daß man für die Erhaltung des Viehstapels in diesem Jahr die allerernstesten Bedenken haben muß. Denn auch die Kraftfuttermittel, die wir zum allergrößten Teil aus dem Auslande einführen, weisen Preise auf, die sehr erheblich über denen des Jahres 1913 emporgeklettert sind.

Die deutsche Landwirtschaft ist nun aber noch deswegen in besonders übler Lage, weil auch jetzt noch die deutschen Preise für Weizen um etwa 30 Mark und für Roggen um etwa 15 Mark pro Tonne unter dem Weltmarktpreis liegen. Bei dem bestehenden Ausfuhrverbot ist natürlich durch Export ein Ausgleich nicht zu erzielen. Der Hauptgrund für das Absinken der Preise liegt in der fast verschwindenden Nachfrage. Süddeutschland ist von Frankreich aus vollständig mit Mehl versorgt worden, da wir ja laut Friedensvertrag nicht in der Lage sind, die Einfuhr angeblich aus dem Elsaß kommender französischer Waren zu verhindern, für sie außerdem Zollfreiheit besteht und der Transport von den oberrheinischen Mühlen nach Süddeutschland billiger ist als von den norddeutschen Überschußgebieten her.

Im allgemeinen macht sich der Laie kaum eine Vorstellung davon, welche ungeheuren Werte die deutsche Landwirtschaft produziert, Werte, die über die von der Industrie erzeugten weit hinausgehen. Es mag hier erwähnt werden, daß der Wert der deutschen Milchprodukte 1913, also eines Nebenerzeugnisses der deutschen Landwirtschaft, größer gewesen ist, als der Wert der gesamten damaligen deutschen Steinkohlenproduktion. Daraus wird ohne weiteres ersichtlich, von welch entscheidender Wirkung gerade für den Inlandsmarkt die Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft ist. Es gilt doch immer noch das Wort Onkel Bräsigs, daß der Bauer der Urstand ist, und das „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt". Die Erreichung des Friedenspreisstandes für den Landwirt bedeutet ja noch lange nicht die Erreichung des Friedensverdienstes, da ja die Produktionskostensteigerung und die staatliche Steuerbelastung die Verdienstspanne außerordentlich einschränken. Bei einer Mißernte kann aber die Berechnung in einen schweren, teilweise betriebsvernichtenden Verlust umschlagen.

Ein Anziehen des Roggenpreises braucht aber nicht ohne weiteres auch eine Erhöhung des Brotpreises zu bedeuten. Tatsächlich ist der Brotpreis der sinkenden Kurve des Getreidepreises keineswegs parallel gelaufen, und die Spannung zwischen Roggen und Brot hat noch lange nicht die Friedensspanne erreicht. Vielleicht haben die Zwischenglieder recht, wenn die Belastung mit der Umsatzsteuer, namentlich aber die hohen Bankkredite, die Ursachen für die erweiterte Spanne sind. Schwierigkeiten gibts genug, aber sie haben doch eine wohltätige Folge gehabt: Sie haben eine große Masse von kapitalschwachen Händlern herausgedrängt, die sich in der Inflationszeit in den Lebensmittelhandel hineingeschoben hatten.

Man hat so viel von den Inflationsgewinnen der deutschen Landwirtschaft gesprochen. Das sind nur, wo sie vorhanden sind, privatwirtschaftliche Konjunkturausnützungen gewesen, sind aber keine volkswirtschaftlichen Gewinne, sondern nur Vermögensverschiebungen. Es fragt sich nur, ob bei der furchtbaren Kreditnot diese Vermögensverschiebungen wirtschaftlich in Bewegung gesetzt werden können, ohne daß die Ernährungsplattform des deutschen Volkes so weit eingeengt wird, daß wir in wachsendem Maße auf ausländische Einfuhr angewiesen sind.

Die Lage ist drohend, und wenn im Hauptausschuß des preußischen Landtages ein Antrag angenommen wurde, der auf der einen Seite die Erhöhung der lebensunmöglichen Beamtengehälter, auf der andern Seite Preisabbau verlangt, so kann der letztere sicherlich nur dadurch erreicht werden, daß zwischen Konsumenten und Produzenten die preisverteuernden Zwischenglieder in noch weit schärferem Maße als bisher ausgeschaltet werden.

Ein französisches Interview mit Thyssen.

Paris, 6. Februar. Das „Journal des Debats" veröffentlicht ein Interview seines Mitarbeiters mit Thyssen. Herr Thyssen sagte: Wir haben den Krieg verloren und wir müssen die Folgen tragen. Wir wollen Reparationen leisten, aber über ihre Höhe muß man sich erst einigen und man muß uns die Mittel lassen, diese Leistungen auszuführen. Herr Stinnes hat bereits ausgesprochen, daß in ganz Deutschland kein vernünftiger Mensch an die Möglichkeit glaubt, die Verträge der Großindustriellen mit der Mikum aufrecht zu erhalten. Man könne nicht auf den Rücken von Privatleuten die Schulden des Deutschen Reiches wälzen. Außerdem sei der jetzige Zustand, wo verschiedene Mächte nebeneinander regieren, sowohl Frankreich-Belgien wie die Berliner Regierung, im Ruhrgebiet unhaltbar. Am traurigsten sei, daß in Deutschland das Kapital verschwunden ist. Was die deutschen Auslandsguthaben betreffe, so erklärte Herr Thyssen, es sei eine Uebertreibung, von ungebührlich großen Vermögen Deutscher im Auslande zu sprechen. Es hat sich etwas vollzogen, was ebenso wie in Deutschland auch in Frankreich, Belgien und selbst in England vorkomme. Zur Reparationsfrage erklärte Thyssen, daß man sich entscheiden müsse, ob man sie vom politischen oder vom wirtschaftlichen Standpunkt lösen will. Nur die letztere könne zu einer wirklichen Regelung der Frage führen. Herr Thyssen schloß seine Besprechung mit einer Kritik der politischen Verhältnisse in Deutschland. Er sagte, daß man sich über die Bedeutung der Demokratisierung Deutschlands getäuscht habe. Man hätte bessere Erfahrungen mit einer Rechtsregierung machen können, die dem Volke gegenüber mit viel größerer Autorität aufgetreten wäre und darum auch größere Leistungen an Reparationen aufgebracht hätte.

Politische Rundschau

Ministerpräsident Heldt in Berlin.

Dresden, 6. Febr. Ueber die Berliner Reise des sächsischen Ministerpräsidenten Heldt und seinen Besuch beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler läßt sich der „Dresdner Anzeiger" aus Berlin folgendes melden: Der sächsische Ministerpräsident Heldt hat am Dienstag dem Reichspräsidenten Ebert und dem Reichskanzler Dr. Marx einen Besuch abgestattet. Der Besuch war in erster Linie ein Höflichkeitsbesuch, da der Leiter der neuen sächsischen Regierung bisher noch keine Gelegenheit zu einer Begrüßung des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers gehabt hatte. Selbstverständlich war mit beiden Besuchen eine eingehende Besprechung der gesamtpolitischen Lage und insbesondere der in den letzten Monaten vielfach so kritischen Verhältnisse zwischen Berlin und Dresden verbunden.

Auf dem Wege zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei.

Dresden, 6. Febr. In einer Generalversammlung der VSPD. in Leipzig teilte laut Bericht der „Leipz. Volksztg." vom 4. Februar der ehemalige Minister Lipinski mit, daß gewisse Radikale kürzlich „unter Hinzuziehung Ledebours eine Sonderkonferenz zur Schaffung einer neuen Partei" abgehalten hätten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF